

Bundes- und Koordinationstreffen der El Salvador-Solidarität 2008

Das diesjährige Koordinationstreffen fand vom 21.-23. November in Frankfurt am Main statt. Unter dem Titel „Klimawechsel in El Salvador“ sollte es zum einen um Straflosigkeit und ihre Kontinuität gehen, aber auch um politische Perspektiven bei einem möglichen Regierungswechsel im März 2009 und um den befürchteten Wahlbetrug im „Super-Wahljahr“.

Momentan sieht es stark danach aus, dass die antikommunistische, rechtskonservative Regierungspartei ARENA, die das Land nun seit 1989 regiert, bei den Präsidentschaftswahlen am 16.3.09 aus dem Amt gedrängt werden könnte. Am 18.1.09 wird außerdem das Parlament neu gewählt - ein Ereignis, das als richtungweisend für die Präsidentschaftswahlen gilt. Für den Fall, dass weder der linksliberale, gemäßigte Kandidat Mauricio Funes der linken Oppositionspartei FMLN noch Rodrigo Ávila, der für ARENA kandidiert, im ersten Wahlgang über 50% der Stimmen erhält, wird am 15.4.09 eine Stichwahl stattfinden. Die Wahlen und die Möglichkeiten von Unterstützung und Beobachtung waren dann auch das Thema, das das Treffen stark definieren sollte.

Beim Bundestreffen sollte über die Wahl der Referent_innen ein auch ein Zusammenhang hergestellt werden zwischen der aktuellen politischen Situation und der Menschenrechtssituation, die unter einer konsequenten Straflosigkeit leidet. Als Referent_innen waren hierzu der bekannte Menschenrechtsanwalt David Morales und Sandra Guevara, die Direktorin der feministischen Organisation Movimiento de Mujeres Mélida Anaya Montes (MAM) eingeladen.

David Morales ist Anwalt, derzeit arbeitet er in dem Menschenrechts-Anwaltsbüro FESPAD (Fundación de Estudios para la Aplicación del Derecho) in San Salvador. Außerdem arbeitet er für mehrere Menschenrechts-NGOs, die sich gegen die Straflosigkeit und für eine Kultur der Erinnerung einsetzen. Zuvor hat er bereits für die Menschenrechts-Ombudsstelle des salvadorianischen Staates und das katholische Rechtshilfebüro „Tutela Legal“ gearbeitet. Er arbeitet an der Aufklärung verschiedener Massaker, die in der Zeit des Bürgerkrieges an der Zivilbevölkerung verübt worden sind.

Zum Bundestreffen war er eingeladen worden, um den Übergang von der offenen Repression während des Bürgerkrieges zu heutigen, subtileren Formen aufzeigen.

Er begann seinen Vortrag mit einer Analyse der Friedensverträge. Während es gelungen sei, den bewaffneten Konflikt zu beenden (weswegen das Beispiel El Salvador auch von der Internationalen Gemeinschaft immer als Erfolg gewertet werde), seien die klandestinen paramilitärischen

Strukturen nicht abgebaut worden. Auch die Umstrukturierung der Nationalen Polizei PN zur Nationalen Zivilpolizei PNC sei durch Quoten „aufgeweicht“ worden. Diese Quoten hatten Anteile festgelegt, zu denen Ex-Militärs bzw. [Ex-Guerriller@s](#) in die Polizei aufgenommen werden sollten. Als Erfolg wertet er hingegen, die Einrichtung der Ombudsstelle für Menschenrechte (Procuraduría para la Defensa de los Derechos Humanos).

Das Justizsystem hingegen sei immer ein „Komplize des Staatsterrorismus“ geblieben, da es nie eine gründliche Aufarbeitung der Verflechtungen desselben in jegliche Verbrechen gegeben hatte.

Sein Resümee der Wahrheitskommission sah folgendermaßen aus: Da nur wenig Geld zur Verfügung gestanden habe und die Zeit für die Arbeit der Kommission auf sechs Monate begrenzt gewesen war, konnten nur exemplarische Fälle behandelt werden. Die Hauptverantwortlichen seien allerdings benannt worden. Hierbei nennt er allerdings eine Ausnahme: Die Verwicklungen der USA in den bewaffneten Konflikt würden in dem Bericht der Kommission nicht benannt, was ihre Unbestechlichkeit (wegen der ja nur AusländerInnen in der Kommission gewesen waren) in Frage stellt.

Von der Kommission bearbeitet worden sind 22.000 Klagen, von den bearbeiteten Verbrechen werden 95% dem Militär, paramilitärischen Gruppen und Todesschwadronen zugeschrieben und 5% der Guerrillaorganisation FMLN.

Die Empfehlungen der Wahrheitskommission hat die salvadorianische Regierung bis heute ignoriert. Der salvadorianische Staat sei zwar kein „terroristischer“ Staat mehr, habe sich aber zu einem Staat der Straflosigkeit entwickelt.

Ein Grund hierfür liegt in dem bis heute gültigen Amnestiegesetz, das 1993 - wenige Tage nach der Veröffentlichung des Berichts der Wahrheitskommission – erlassen wurde. Das Gesetz verhindert bis heute eine gerichtliche Aufarbeitung der eklatanten Menschenrechtsverletzungen während des Bürgerkriegs

Weitere Gründe sieht David Morales in der Vernachlässigung des Schutzes der Opferrechte und in der – bereits erwähnten - nicht vorgenommenen Säuberung des Justizsystems.

Nach dem Ende des Kalten Krieges sei es zu einer Neoliberalisierung und einer formalen Demokratisierung gekommen. Faktisch habe dies aber die Kriminalisierung der Armut und der

sozialen Bewegungen bedeutet und Grundrechte wie Meinungsfreiheit und Demonstrationsfreiheit seien stark eingeschränkt worden.

Kontinuitäten zeigt er in der Militarisierung (Einsatz von Militär im Landesinneren) und der Ideologie vom „inneren Feind“ auf. Vom politischen Gegner („Kommunisten“) hat sich dieses Feindbild auf junge, von Armut betroffene Männer und die Mitglieder von Jugendbanden („maras“) verschoben. Hier betonte er auch die völlige Abwesenheit von Präventionsprogrammen oder Förderprogrammen für Kinder und Jugendliche.

Auch die Todesschwadronen existierten fort, wenn auch in einer etwas anderen Ausrichtung. Sie bringen nicht mehr politische Gegner um, sondern ihr Ziel ist, was in Lateinamerika „soziale Säuberung“ genannt wird. Das Ziel ist die „Beseitigung“ von Menschen, die als „sozialer Abfall“ angesehen werden: Mutmaßliche StraftäterInnen, Mitglieder von Jugendbanden, SexarbeiterInnen. Sogar in den Zeitungen seien trotz der außerordentlichen Zensur, die dort existiert, verschiedene Skandale aufgetaucht, in denen eindeutig die Beteiligung der Polizei an diesen Verbrechen nachgewiesen worden sei.

Jedes Jahr gibt es sechs oder sieben Morde, bei denen man annehmen könne, dass es sich um politische Morde handele. Dabei ginge es nicht um Führungspersonlichkeiten der nationalen Ebene, sondern um solche auf lokaler Ebene, um Personen, die Beziehungen zu Oppositionsparteien haben oder in den sozialen Bewegungen aktiv sind. Studien, die sich mit dem Thema Straflosigkeit beschäftigen, kommen zu dem Ergebnis, dass bei Morden der Anteil der Straflosigkeit bei ungefähr 97 % liegt, d. h. von 100 Tötungsdelikten führen nur drei bis vier zur gerichtlichen Verurteilung.

Eine weitere Kontinuität erkennt Morales in den systematischen Ermordungen von Menschen, die die charakteristischen Muster von Hinrichtungen aufweisen. Das katholische Rechtshilfebüro „Tutela Legal“, das dieses Thema untersucht, geht davon aus, dass es Verbrechen gibt, deren Ziel es ist, sozialen Terror zu erzeugen.

Abschließend weist David Morales noch darauf hin, dass es neben den Parlaments- und Präsidentschaftswahlen noch weitere Wahlen gibt, denen internationale Aufmerksamkeit gelten sollte: Im Februar 2009 werden fünf neue oberste Verfassungsrichter und im Juli 2009 ein neuer Generalstaatsanwalt gewählt.

Anschließend berichtete Sandra Guevara über die aktuelle politische Situation in El Salvador. Im Wahlkampf befinden sich für das rechte Lager: ARENA, PDC und PCN; für das Mitte-Links-Spektrum: FMLN, CD und FDR. Die rechten Parteien haben durchgesetzt, dass Parlaments- und Präsidentschaftswahlen an zwei verschiedenen Terminen stattfinden (18.1. und 16.3.), was 12 Mio.

US-\$ zusätzlich kostet. Grund hierfür ist die Annahme, dass gewonnene Parlamentswahlen die Chancen für einen Sieg bei den Präsidentschaftswahlen erhöhen würden. Die FMLN hat – im Gegensatz zu ARENA – bereits ein Regierungsprogramm vorgelegt, das unter anderem auf dem „Offenen Sozialen Dialog“ basiert. Im Rahmen dieses Prozesses wurden an 32 „Runden Tischen“ VertreterInnen der Zivilgesellschaft zu ihren Wünschen, Forderungen und Beschwerden angehört. Beispiele für die „Schmutzkampagne“, die gegen die FMLN betrieben wird, sind angeblich „feministische“ Flyer, die darüber „aufklären“, dass Mauricio Funes, der Präsidentschaftskandidat der FMLN, Gewalt gegen seine Ex-Ehefrau ausgeübt habe (was – laut Sandra Guevara – nicht der Fall ist). Oder auch Behauptungen, Funes diene nur als „Pappfigur“, der dazu diene, die Wahlen zu gewinnen, der aber sobald dies passiert sei, von Salvador Sánchez Cerén (dem Vizepräsidentschaftskandidaten und ehemaligen Guerrilla-Kommandanten) abgelöst werden würde. Sandra Guevara benennt verschiedene Reformen des Wahlrechts, die sie – zumindest teilweise – als problematisch einschätzt. So ist jetzt unter anderem pro Person nur noch eine Kandidatur möglich, d.h. also, dass es nicht möglich ist, z.B. gleichzeitig als Abgeordnete/r und als BürgermeisterIn zu kandidieren. Mauricio Funes ist der sicherlich prominenteste Betroffene von der neuen Regelung, dass KandidatInnen Parteimitglieder sein müssen. Er trat für seine Präsidentschaftskandidatur der FMLN bei. Eine Reform, die – laut Guevara – dem Wahlbetrug Tür und Tor öffnet, ist die Abschaffung der Notwendigkeit, jeden Wahlzettel durch die/den Sekretär_in des Wahltischkomitees (Junta Receptora de Votos) unterschreiben zu lassen. Damit sei die Möglichkeit gegeben, zusätzliche Wahlzettel unterzumischen, das sogenannte Urnen-Auffüllen (relleno de urnas).

Als weitere Gefahren benennt sie die „wandernde WählerInnenstimme“ (voto migratorio), bei der externe WählerInnen in FMLN-Hochburgen gemeldet werden, um dort an der Wahl teilzunehmen; den Kauf von WählerInnenstimmen (compra de votos), bei dem die Bezahlung der Stimme von einem Hot Dog bis zu 50 US-\$ reiche und das so genannte „Karussell“ (rueda de caballito), das einen Kontrollmechanismus beschreibt, bei dem leere Wahlzettel aus dem Wahllokal geschmuggelt werden, um andere beim Ankreuzen ihrer Stimme überwachen zu können.

Immer noch nicht durchgesetzt werden konnte das Wahlrecht für MigrantInnen, das es der großen salvadorianischen Community in den USA und anderswo erlauben würde, ihre Stimme abzugeben. Fortbestehen tun auch die Tricks, für Tote bzw. Ausgewanderte zu wählen, die noch im WählerInnenregister verzeichnet sind und die Gewohnheit vieler FabrikbesitzerInnen und Führungspersonlichkeiten in staatlichen Institutionen, ihre Angestellten zu erpressen und einzuschüchtern und ihnen mit dem Verlust ihrer Jobs zu drohen.

Angesichts dieses Szenarios fordert Sandra Guevara alle Anwesenden auf, sich an der Wahlbeobachtung zu beteiligen und die internationale Aufmerksamkeit auf El Salvador zu lenken.

Angesichts der sich zuspitzenden politischen Situation in El Salvador wurde beim Bundestreffen intensiv diskutiert, wie eine Unterstützung der FMLN im Wahlkampf und (durch Wahlbeobachtungen) bei den Wahlen selber aussehen könnte. Auch die veränderte Rolle der El Salvador-Solidarität nach einem eventuellen Wahlsieg der FMLN wurde thematisiert und auch als mögliches Thema für ein nächstes Bundestreffen vorgeschlagen. Außerdem beschloss das Bundestreffen einen Spendenaufruf zu starten, der in Anlehnung an die Kampagne „Waffen für El Salvador!“ nun „Wahlen für El Salvador!“ fordern soll. Mit den eingegangenen Spenden soll die FMLN in einem – auf Grund der finanziellen Überlegenheit der Regierungspartei ARENA unter sehr ungleichen Bedingungen geführten – Wahlkampf unterstützt werden. Ebenso soll versucht werden, den restlichen Geldbetrag, der noch auf dem „Waffenkonto“ liegt, begleitet von Presseberichterstattung (naheliegenderweise in der taz) an die FMLN zu überweisen.

Des weiteren gab es wieder viel Raum, um sich auszutauschen und Aktivitäten zu koordinieren. Im Anschluss an das Bundestreffen unternahmen die ReferentInnen eine zweiwöchige Informationsrundreise durch die BRD und die Schweiz.